WP-01-K3-852

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in:	KV Saale-Holzland-Kreis
Beschlussdatum:	06.01.2025

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 851 bis 856:
Auftrag eines fremden Staates wollen wir strafrechtlich fassen.Wir werden zur Bekämpfung von systematischer Desinformation und ~~Organisierter Kriminalität sowie dem grenzenlosen Ausweiten von Hass und Hetze durch Bots anonymisierte Accounts, die derzeit strafrechtlich kaum verfolgt werden können, angehen und dafür~~ organisierter Kriminalität sowie dem grenzenlosen Ausweiten von Hass und Hetze die effektiven Möglichkeiten der deutschen Strafverfolgungsbehörden im digitalen Raum verbessern.

Begründung

Anonymisierte Accounts anzugehen, lässt einen Rückschluss darauf zu, dass ein Klarnamenszwang eingeführt werden sollte. Dies würde sich sehr negativ auf die Meinungsfreiheit auswirken, und in Persönlichkeitsrechte eingreifen. Aus diesem Grund sollten nicht anynomisierte Accounts angegangen werden, sondern die effektiven Möglichkeiten der deutschen Strafverfolgungsbehörden im digitalen Raum verbessert werden - sei dies durch (bessere) Schulungen oder einer besseren personellen Aufstellung.